

Deutschland: Weltwirtschaftsmacht oder überforderter Euro-Hegemon?

Rode, Reinhard

Postprint / Postprint

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rode, R. (1991). *Deutschland: Weltwirtschaftsmacht oder überforderter Euro-Hegemon?* (HSFK-Report, 1/1991). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-93675-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



**HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG**

Reinhard Rode

**Deutschland: Weltwirtschaftsmacht
oder überforderter Euro-Hegemon?**

HSFK-Report 1/1991

BIBLIOTHEK
DER HESSISCHEN STIFTUNG
FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG

HESSISCHE STIFTUNG FRIEDENS-UND KONFLIKT- FORSCHUNG

Reinhard Rode

**Deutschland: Weltwirtschaftsmacht
oder überforderter Euro-Hegemon?**

HSFK-Report 1/1991
Februar 1991

BIBLIOTHEK
DER HESSISCHEN STIFTUNG
FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Leimenrode 29

D-6000 Frankfurt/Main 1

Telefon 069 / 550191

Telefax 069 / 558481

ISBN 3-926197-86-2

DM 12,00

ZUSAMMENFASSUNG

1. Der schnelle deutsche Vereinigungsprozeß im Jahr 1990 hat in Europa sowohl Bedrohungsphantasien als auch Hoffnungen erweckt. Das Bedrohungsszenario geht von einer neuen Großmacht mit europäischem Vorherrschaftsanspruch und erdrückender wirtschaftlicher Dominanz aus. Das Hoffnungsszenario sieht im vereinigten Deutschland einen gestärkten Wachstumsmotor für die europäische Wirtschaft und im Vereinigungsprozeß ein europäisches Konjunkturprogramm.
2. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist die eines erfolgreichen, dynamischen Handelsstaats mit geringer militärischer Belastung der Wirtschaft. Da dies keine freiwillige deutsche Option war, sondern aus der Not eine politische Tugend gemacht worden war, erhebt sich die Frage nach der Stabilität der deutschen Handelsstaatsoption. Während die Skeptiker dem entfesselten Riesen eine neue regionale Machtpolitik zutrauen, hat mit der EG in Westeuropa ein wirtschaftlicher Integrationsprozeß stattgefunden, der die westdeutsche Wirtschaft so eingebunden hat, daß ein neuer Alleingang auf eine Option für Macht auf Kosten des deutschen Wohlstandes hinauslief.
3. Die Abschätzung der Kosten und Chancen der Einheit bieten bislang ein gemischtes Bild. Die Westkonjunktur ist durch Ostimpulse befördert worden, der Osten macht eine tiefe Umstellungskrise durch. Diese Krise muß mit Transferleistungen aus dem Westen sozial abgefedert werden. Die Kosten der Einheit erfordern jährliche westdeutsche Aufwendungen von über 100 Milliarden DM. Dabei ist ein exorbitant hoher Kreditbedarf des Staates entstanden, der die Investitions- und Wachstumsaussichten in Deutschland negativ beeinflussen kann. Diese Kosten der Einheit sind auch für die reiche Bundesrepublik eine enorme Belastung. Die Erfolgchancen für ein zweites deutsches Wirtschaftswunder im Osten sind immer noch eher als günstig

II.

einzuschätzen, der Zeithorizont für die Dauer der Umstellungskrise ist nun jedoch in Zeiträumen von fünf bis zehn Jahren zu bemessen.

4. Auch das vergrößerte deutsche Wirtschaftspotential in Europa wäre nach der gelungenen wirtschaftlichen Vereinigung immer noch europaverträglich. Deutschland wäre im Rahmen der EG der Zwölf und erst recht für den Fall erwartbarer weiterer Beitritte eine wirtschaftliche Nummer Eins, deren Potential sich nur unter Zustimmung und Kooperation der anderen Mitgliedstaaten entfalten kann. Eine positive Führungsrolle im Sinne einer regionalen Konjunkturlokomotive, eines Motors der Liberalisierung und eine Quelle für Kredite und Geldwertstabilität ist weiterhin wahrscheinlich. Anzeichen einer Überforderung der deutschen Wirtschaft sind allerdings unübersehbar. Der Kredit- und Investitionsbedarf Osteuropas in der Transformationsphase zur Marktwirtschaft könnte dazu führen, daß sich deutsche Banken bei der Ostverschuldung sehr wohl übernehmen und etwa wie die US-Banken mit ihrem Lateinamerika-Engagement ins Trudeln geraten.

5. In der wirtschaftlichen Dreierführungsgruppe der Welt USA, Japan und Deutschland ist letzteres eindeutig die Nummer drei. Deutschland ist im Außenhandel wie bei den Direktinvestitionen keine wirkliche Welt- sondern eine eurozentrierte Regionalmacht. Ihre gegenwärtigen Exporterfolge verschleiern sehr wohl Schwächen für den Wettbewerb der Zukunft, besonders im Hochtechnologiesektor. Für die globale Wettbewerbsfähigkeit stellt die Integrationsaufgabe Ostdeutschlands und Osteuropas derzeit noch mehr eine Bürde als eine Chance dar. Die Gefahr einer "Ostsklerose" ist nicht auszuschließen. Die wohlfahrtsstaatliche Absicherung der Umstellungskrise ohne schnelle Produktivitätsfortschritte würde Deutschland und die EG im globalen Wettbewerb ins Hintertreffen bringen. Die Gratwanderung zwischen Wettbewerbsnachteilen und einem neuen Ost-West-Konflikt nun nicht mehr als System- sondern als Armutsgrenze, stellt die deutsche Gesellschaft und ihre Wirtschaft vor eine riesige Bewährungsprobe.

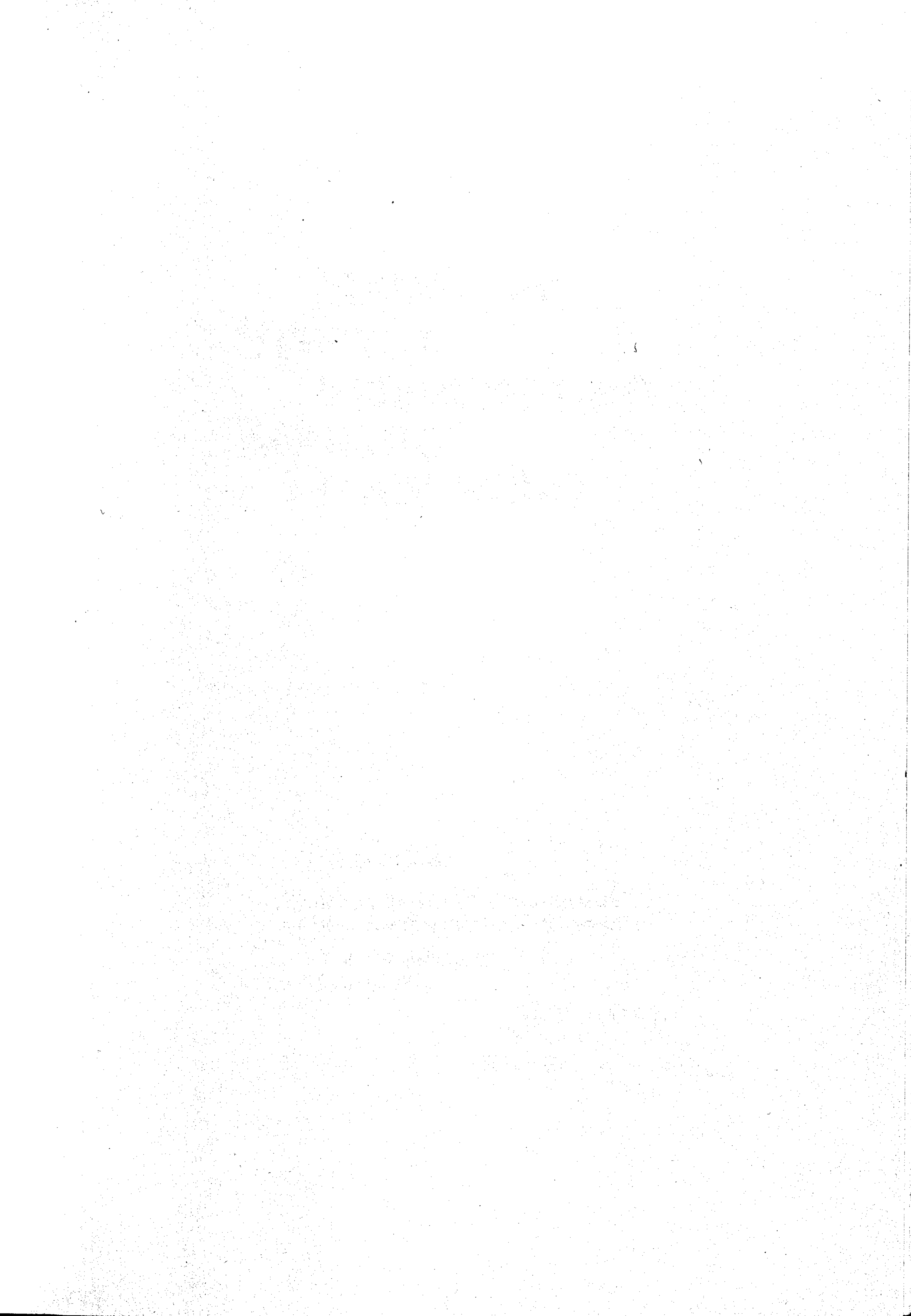
III.

6. Es spricht mehr dafür, daß Deutschland auch zukünftig in der Logik des Handelsstaats verbleibt und Großmachtambitionen zügelt, anstatt ihnen nachzugeben. Sein gewachsener politischer und wirtschaftlicher Einfluß in Europa und in der Welt könnte sogar beim Aufbau einer europäischen Zivilmacht den Hang zum Weltmachtinterventionismus in England und Frankreich zügeln helfen. Die anti-interventionistische deutsche Politik hat sich beim Beginn des Golfkrieges bestätigt. Der Druck der USA und der Verbündeten hat zwar deutsche Finanzhilfe für den Golfkrieg bewirkt, das gesellschaftliche Unbehagen für einen Kriegskurs aber noch verstärkt. Die historische Chance, daß Deutschland eine verantwortliche Zivilmacht wird, die sich dem Geschäft mit der Aufrüstung von Schwellenländern verweigert, ist gegeben und sollte genutzt werden.

INHALT

Seite

| | | |
|----|--|-----------|
| 1. | Phantasien und Anforderungen: Wirtschaftliche Bedrohung, Wachstumsmotor im Westen, Quelle für Hilfe im Osten | 1 |
| 2. | Reichtum, Macht und Integration | 4 |
| 3. | Probleme, Kosten und Chancen der Einheit | 7 |
| 4. | Ein überforderter Euro-Hegemon? | 10 |
| 5. | Nummer Eins in Europa, geschwächte Nummer Drei in der Welt | 15 |
| 6. | Chance und Versuchung: Logik des Handelsstaats und Großmachtambitionen | 21 |
| | Anmerkungen | 26 |



1. Phantasien und Anforderungen: Wirtschaftliche Bedrohung, Wachstumsmotor im Westen, Quelle für Hilfe im Osten

Der unerwartet schnelle deutsche Einigungsprozeß hat im In- und Ausland sehr widersprüchliche Phantasien und Erwartungen ausgelöst. Weil schon die alte, kleinere Bundesrepublik in der EG wirtschaftlich die Nummer 1 war, wird die ökonomische Rolle des neuen Deutschland für Europa und die Welt zurecht heftig debattiert. Sie wirft in der Tat viele spannende Fragen auf, nicht zuletzt die nach dem Zusammenhang von Reichtum und Macht. Unbestreitbar geht es dabei um mehr als eine Sache der Deutschen selbst und die Schwere ihrer Geldbeutel. Die Debatte zeigt völlig widersprüchliche Erwartungen und Befürchtungen auf. In Deutschland selbst folgen diese meistens dem üblichen Links/Mitte/Rechts-Schema, bei den Nachbarn scheiden sich eher die Betrachter aus Politik und Wirtschaft.

Bedrohungsphantasien in der deutschen politischen Szene selbst werden verständlicherweise hauptsächlich auf der Linken artikuliert. Günter Grass hat sie mit seiner "Warnung vor Deutschland. Das Monstrum will Großmacht sein" (1) auf den Begriff gebracht. Das Ableben der realsozialistischen DDR hat im linken Spektrum unvermeidlich eine Sinn- und Selbstverständniskrise ausgelöst. Die neue Einheit ist folglich fast zwangsläufig negativ besetzt. Auch wenn die realsozialistische DDR ungeliebt war, bedeutete sie doch in der Phantasie der meisten Linken eine als notwendig erachtete Schwächung des kapitalistischen Deutschland. Zudem hätte die DDR durchaus weiter ein Hoffnungsträger für einen zukünftigen Reformsozialismus sein können. Der Kollaps der östlichen Systeme, vornehmlich der wirtschaftliche, hat letzteren Hoffnungen den Boden entzogen. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik als "Anschluß" erscheint in dieser Perspektive als Gewinn und Stärkung eines ungeliebten Systems.

Die Negativsicht gilt sowohl für die Innen- als auch für die Außenwirkung. Sozialabbau für die alten Westländer wegen der Kosten der Einheit, Schwächung der Gewerkschaften durch Arbeitslosigkeit und niedriges Lohnniveau im Osten lauten die Befürchtungen. Arbeitsplatzunsicherheit und rasch steigende Wohnkosten gelten als die HAUPTERSCHEINUNGEN, die den Verlust der "Errungenschaften" in der Ex-DDR anzeigen. In der Außenwirkung wird der Einfluß des "Modells Deutschland" dahingehend befürchtet, daß es sozialen und sozialistischen Werthaltungen für längere Zeit die "Gesellschaftsfähigkeit"

nehmen könnte. Hinter dieser Angst vor Deutschland der deutschen Linken steht zweifellos auch die Furcht, bei den vielen neuen sozialen Fragen, ihrem ureigenen Terrain, nicht mehr als Anbieter von Lösungskonzepten ernst genommen zu werden.

Das Porträt einer Großmacht Deutschland als Gefahrenquelle trifft sich mit den Befürchtungen der "politischen Klassen" in den westeuropäischen Nachbarländern. In den Augen vieler hatten die deutschen Bankiers das erreicht, was die Militärs nicht geschafft hatten: die deutsche Führungsrolle in Europa. Allen voran die Entscheidungsträger in Frankreich und England machten 1990 bei der sich abzeichnenden Vereinigung keinerlei Hehl aus ihrer Skepsis. Solche Bewertungen bieten freilich weniger Anhaltspunkte für eine "deutsche Gefahr" als für die Besorgnis vor eigenem Einflußverlust. Die alten europäischen Westmächte hatten sich über Jahrzehnte daran gewöhnt, daß die Bundesrepublik zwar ein wirtschaftlicher Riese, aber ein politischer Zwerg war. Dies bescherte ihnen politischen Einflußgewinn, weil Westdeutschland im Ost-West-Konflikt angesichts sowjetischer militärischer Bedrohung seine ökonomische Stärke nie politisch umsetzen konnte. Diese Epoche geht nun zu Ende, und die wachsende politische Handlungsfreiheit Deutschlands wurde dort zu Recht als eigene Schwächung verstanden. Der Reichtum Deutschlands könnte nun wieder der Machtentfaltung dienen, und diese Möglichkeit weckte verständlicherweise bedrohlich erscheinende historische Assoziationen.

Positive Gegenbilder herrschten bei Betrachtern aus der Wirtschaft vor. Westeuropäische Manager erwarteten, die Vereinigung Deutschlands werde auf ein großes Konjunkturprogramm hinauslaufen. Allein die mit der Einheit verbundenen wirtschaftlichen Chancen für Deutschland und Europa bestimmten diese optimistische Sichtweise. Deutschland als Wachstumsmotor sollte positive Impulse für die europäische Wirtschaft geben (2). Aus der Einheit Deutschlands und dem Zerfall des Sowjetreiches wurden Chancen für Europa abgeleitet, wieder zur größten wirtschaftlichen Macht auf der Welt zu werden.

In eine ähnliche Richtung gingen die Erwartungen und Anforderungen in Osteuropa und in der Sowjetunion. Ohne eigene Konzepte für die Bewältigung der Umstellung zur Marktwirtschaft übt das "deutsche Wirtschaftswunder" aus den fünfziger Jahren eine magische Faszination aus. So soll es möglichst auch bei der Transformation im Osten verlaufen. Deutschland soll das Modell sein und mit Kapital und Know-how helfen. Widersprüchlich waren die Bilder in Polen, wo solche hoffnungsfrohen Phantasien mit erheblichen Ängsten vor dem übermächtigen Wirtschaftspartner einhergingen.

Die meisten Deutschen, einschließlich der Politiker und der Wirtschaftselite, fühlten sich durch den Erwartungsdruck aus dem Osten weniger geschmeichelt als genötigt. Die westdeutsche Führungsschicht reagierte nicht mit Triumph-, sondern eher mit Schwindelgefühl auf die Rolle Deutschlands als großem wirtschaftlichen Hoffnungsträger. Je mehr die ökonomische Misere der Hinterlassenschaft des realen Sozialismus in Osteuropa bis auf die Mikroebene hinab offenkundig wurde, desto vorsichtiger wurden die westlichen Optimisten, was die schnellen Aussichten der erfolgreichen Umstellung auf marktwirtschaftliche Prozesse betraf.

In den Industrieländern außerhalb Europas herrschten positive Erwartungen über Deutschland vor. Japan und die asiatischen Schwellenländer sahen neue kaufkräftige Märkte und Anlageregionen entstehen. In den USA wurde der Triumph des Marktmodells voreilig mit seinem Erfolg bei der Umstellung gleichgesetzt. Die europäischen Debatten über die Umstellungskrisen wurden eher verständnislos als typisch europessimistisch abgetan. Immerhin wurde eine neue "special relationship" der USA mit Deutschland im Rahmen einer Gruppe der großen Drei (USA, Japan, Deutschland) zur Führung der Welt diskutiert. Ein Drei-Mächte-Direktorium als Zukunftsvision traf genau das, was die alten westeuropäischen Mächte befürchteten (3).

In den Entwicklungsländern überwogen die Sorgen, endgültig in die Vernachlässigung abzugleiten, weil sich Aufmerksamkeit und Wirtschaftshilfe auf Osteuropa konzentrieren würden. Für diese Sichtweise war die Einigung Deutschlands nur ein Indikator. Das eigentliche Problem war das Ende des Ost-West-Konflikts. Seine Übertragung auf die Dritte Welt hatte dort Hilfeleistungen bewirkt, von denen besonders "strategisch" wichtige Länder und Regime profitiert hatten. Dieser Hilfefluß, voran die Militärhilfe, drohte nun zu versiegen. Zugleich wurde von vielen Oppositionellen in der Dritten Welt aber auch die Chance gesehen, daß von nun an die Vergabe von Hilfe tatsächlich nach ökonomischen Kriterien und nicht länger zum "Kauf" von Verbündeten erfolgen könne. Doch die Aussichten, als Anlageregion im Standortwettbewerb um knappes Kapital gegenüber Osteuropa zu bestehen, sind schlecht, was besonders in Afrika berechtigte Ängste erzeugte, auf längere Zeit wirtschaftlich abgeschrieben zu sein.

2. Reichtum, Macht und Integration

Nach der Alltagsweisheit bedingen sich Macht und Reichtum gegenseitig und verstärken einander. Die Überzeugungskraft dieser Annahme resultiert aus den Erfahrungen und Einsichten der Menschheitsgeschichte bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts. Seitdem gehen die Uhren offensichtlich anders. Die Grenzen der Macht, besonders der militärischen, sind deutlich geworden. Die Militärmacht der Supermächte hat sich in Vietnam und Afghanistan als impotent erwiesen. Die Last des Rüstungswettlaufs hat zum wirtschaftlichen Niedergang der USA beigetragen. Die Militarisierung auf Kosten ziviler Wohlfahrt stellt einen der Gründe für den Kollaps des sowjetischen Sozialismus dar. Der Triumph von Demokratie und Marktwirtschaft und der herausragende Erfolg der dynamischsten Handelsstaaten in der Weltwirtschaft, Japans und der Bundesrepublik Deutschlands, läßt sich zumindest teilweise als eine Folge von niedriger militärischer Belastung der Wirtschaft und wenig ausgeprägter Großmachtambitionen erklären. Ist also der Handelsstaat (4) das erfolgreiche Staatsgebilde der Zukunft und der Machtstaat mit territorialen und militärischen Ambitionen ein verschwenderischer Verlierer?

Leider ist das attraktive Szenario des Handelsstaats nicht genügend empirisch abgesichert. Es stellt eine Interpretation der Nachkriegsgeschichte aus der optimistischen Sicht von Wirtschaftsliberalismus und politischem Funktionalismus dar. Beide sind von einem positiven Zusammenhang zwischen Handel und Frieden überzeugt. Aufgrund dieser Annahmen führen wirtschaftliche Zusammenarbeit, wachsende Interdependenz und Integration sowohl zu zunehmendem Wohlstand als auch zu einer stabilen Friedensstruktur. Das ist zwar mehr als Wunschdenken, die Nachkriegsgeschichte in Westeuropa stützt diese Annahmen, doch die generelle Gültigkeit ist zumindest zweifelhaft. Die Attraktivität des westeuropäischen Integrations- und Wohlfahrtsmodells ist weltweit unbestritten, Osteuropa will sich ihm anschließen, seine wirkliche Belastungsprobe und Bewährungschance steht aber jetzt erst an. Die harmonistischen Erwartungen in der liberal-funktionalistischen Tradition werden sowohl von der merkantilistisch-nationalistischen als auch der marxistischen Sicht in Frage gestellt.

Die "realistische" Denkschule von Macchiavelli bis Morgenthau und jüngeren Vertretern in den USA wie Krasner und Gilpin hält an der alten Verknüpfung zwischen Reichtum und Macht fest. Danach schafft der Reichtum Macht, und diese wird über kurz oder lang

auch höchstwahrscheinlich eingesetzt. Politische Macht- und Einflußpotentiale bleiben danach nicht ungenutzt, wenn sie auch im Nuklearzeitalter nicht mehr direkt militärisch nutzbar sein mögen. Ähnlich konsequent materialistisch denken vom Marxismus inspirierte Ansätze, wenngleich diese die Antriebskraft nicht bei den Nationen, sondern bei den Klassengegensätzen sehen.

Für die Nachbarn Deutschlands änderte das wenig, ob die Gefahr nun von den Deutschen oder vom deutschen Kapital drohen würde. Beide Denkschulen verweisen darauf, daß die "économie dominante" in Westeuropa (5), die Bundesrepublik, bislang durch den Ost-West-Konflikt sicherheitspolitisch eingehegt war. Ihr Reichtum konnte deswegen nur begrenzt in Machtentfaltung nach außen verwandelt werden. Westdeutschland war ein durch die Sicherheits- oder besser Unsicherheitslage gefesselter Riese, der unfreiwillig seine Energien voll in den wirtschaftlichen Bereich lenkte. Entfesselt würde er, so "Realisten" und Marxisten, sehr wohl wieder Machtpolitik betreiben. Stehen wir also vor einer Rückkehr zum System des beginnenden 19. Jahrhunderts, das eine Machtbalance versuchte und daran scheiterte? Das Denkmodell von der Welt als einer von Nationalstaaten mit dem klassischen Verhältnis von Reichtum und Macht übersieht die Integrationsprozesse, die in den letzten Jahrzehnten in Westeuropa stattgefunden haben. Hier hat der Funktionalismus einen empirischen harten Kern, der Realismus und Marxismus zu antiquierten Denkgebäuden macht.

Ein deutscher Alleingang, der die bisherigen Integrationsprozesse beiseite zu schieben gedächte, wäre ein nicht nur für Europa, sondern für Deutschland selbst überaus teurer und somit wirtschaftlich völlig unvernünftiger Schritt. Weg von der Logik des Handelsstaats zurück zu der des Territorial- und Militärstaats wäre mit ziemlicher Sicherheit ein Weg zurück in die wirtschaftliche Misere von Weimar. Wer in Deutschland sollten die politischen und sozialen Träger einer solchen Politik sein? Wo sollten die Mehrheiten für eine Option für mehr Macht auf Kosten des Wohlstands herkommen?

Wenn Kenneth Waltz Recht hat, daß Interdependenz eine Beziehung ist, deren Abbruch teuer kommt (relationship costly to break), dann dürfte das vereinigte Deutschland die kollektive Handelsstaatserfahrung von 40 Jahren Bundesrepublik nicht um obskurer Machtansprüche willen wieder über Bord werfen. Daß diese Unvernunft den Deutschen vielfach zugetraut wird, spricht womöglich weniger gegen sie als gegen die obsoleten

nationalistischen Weltbilder in den Köpfen der Untersteller daheim und bei der Nachbarschaft.

Wenn mehr als 50% des westdeutschen Außenhandels mit der EG abgewickelt werden, 1989 waren es 55,1 % des Exports der BRD, dann ist das paradigmatisch eine Form der Interdependenz, deren Abbruch teuer käme, zumal, wenn kaufkräftige Ersatzmärkte nicht zur Verfügung stehen. Die neuen Ostmärkte bieten keinen Ausweg. Auch die Unternehmens- und Kapitalverflechtung in Westeuropa ist so weit fortgeschritten, daß mittlerweile immer mehr von Euro-Kapital und weniger von deutschem Kapital gesprochen werden muß. Die deutsche Basis wäre für erfolgreichen Unternehmenswettbewerb mit transnationalen Konzernen aus den USA und Japan viel zu schmal. Die Fortführung des Integrationsprozesses durch den EG-Binnenmarkt und ein europäisches Währungssystem ist längst mehr als ein Integrationsprogramm zur Einbindung Deutschlands. Es ergibt sich wirtschaftlich zwingend aus dem bisher abgelaufenen Integrationsprozeß, wenn die Region im globalen Wettbewerb nicht stagnieren oder zurückfallen will. Für einseitigen politischen Machtvoluntarismus bleibt da wenig Raum. In vielen altnationalistischen und linksalternativen neukritischen Köpfen stehen hier allerdings durchaus noch Lern- und Anpassungsleistungen aus.

3. Probleme, Kosten und Chancen der Einheit

Bei der deutschen Vereinigung hat sich ein heruntergewirtschaftetes sozialistisches Land an eine der modernsten Wirtschaften der Welt angeschlossen. Die Produktivität in der DDR betrug z.B. nach einer Studie der Deutschen Bank im Schnitt nur die Hälfte der westdeutschen. Die strukturellen Unterschiede und Inkompatibilitäten sind enorm, die Umstellungskrise im Osten als Anpassungsleistung läßt sich im Hinblick auf Probleme, Kosten und Nutzen derzeit noch kaum realistisch abschätzen. Bei diesen Versuchen geht es also nicht ohne krude Schätzungen. Kurzfristig ist der Anschluß für die Bundesrepublik weniger ein Gewinn als eine äußerst problematische Heterogenisierung ihres Wirtschaftsraumes. Die Chancen beziehen sich auf mittlere und längere Frist.

Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird der Anteil der neuen Bundesländer an der Wirtschaftsleistung für das Jahr 1991 knapp unter 10% liegen. Die Exportleistung ist völlig offen, die optimistischen Anfangserwartungen, daß die Ost(RGW)-Märkte der Ex-DDR mit nur geringen Abstrichen gehalten werden können, sind verflogen. Der angebliche Trumpf erwies sich nach Berechnungen des Ostberliner Instituts für Wirtschaftswissenschaften (IWW) als Lusche (6). Unter Bedingungen des Systemwandels und der harten DM sind die RGW-Märkte nicht kaufkräftig genug, um weiterhin in großem Umfang Waren aus Ostdeutschland beziehen zu können. Da zum Jahresende 1990 die Garantie für Lieferungen der DDR in die RGW-Staaten zum garantierten Transferrubelpreis von 2,34 DM ausgelaufen ist, wird für 1991 ein tiefer Einbruch des Ostexports der Ex-DDR erwartet. Im Jahr 1988 waren fast 70% der Exporte der DDR in die RGW-Staaten gegangen. Dieser Markt wird 1991 weitgehend wegbrechen und viele der ehemaligen Staatsbetriebe womöglich in den Ruin treiben. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) rechnete im Januar 1991 mit einem Rückgang der ostdeutschen Warenausfuhren in den Ex-RGW-Raum von 30 Mrd. DM im Jahr 1990 auf 10 Mrd. DM 1991 (7).

Kurzfristig, also zumindest im Jahr 1991, ist nach dem Herbstgutachten 1990 der Wirtschaftsforschungsinstitute mit einem Minuswachstum von 10% bei der Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland zu rechnen. Die Zahl der Arbeitslosen wird schätzungsweise im Jahr 1991 auf 1,4 Millionen ansteigen, hinzu kommen 1,75 Mio. Kurzarbeiter. Der Talfahrt im Osten steht im Westen eine verstärkte Hochkonjunktur gegenüber. Mit 5,5 %

realem Wachstum des Sozialprodukts wurde im 4. Quartal 1990 der höchste Wert seit 1976 erreicht. Für das Gesamtjahr 1990 zeichnet sich eine Wachstumsrate von 4,5 % ab. Die Zuwächse in den beiden vorangegangenen Jahren von 3,7 und 3,9 % werden also erheblich übertroffen. Die Ost-Impulse, darunter vor allem der Nachfragesog aus Ostdeutschland, haben die Westkonjunktur befördert. Hier liegt unbestreitbar ein Vereinigungsgewinn für den Westen Deutschlands vor.

Die heiß debattierten Kosten der Einheit (8) wurden im Jahresgutachten 1990/91 des Sachverständigenrates vom November 1990 für die nächsten Jahre auf jährlich reichlich 100 Mrd. DM beziffert. Die staatliche Kreditaufnahme dürfte dadurch nach Annahmen der Deutschen Bundesbank im Jahre 1991 4,5 bis 5% des nominalen Brutto-Sozialprodukts erreichen. Beim gegenwärtig hohen Zinsniveau würde das für die öffentlichen Haushalte eine zusätzliche Zinslast von rd. 9 Mrd. DM pro Jahr bedeuten. Der Kreditbedarf des Staates könnte damit das Zinsniveau weiter nach oben treiben und so die Investitions- und Wachstumsaussichten in Deutschland negativ beeinflussen. Für diesen Fall hat die Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Dezember 1990 Hochzinspolitik angekündigt. Das deutsche Staatsdefizit (Bund, Länder, Gemeinden, ERP-Sondervermögen und Fonds "Deutsche Einheit" wird schätzungsweise von 21 Mrd. DM im Jahr 1989 über 110 Mrd. 1990 auf 140 Mrd. 1991 ansteigen. Die durch die Bundestagswahl im Dezember 1990 aufgeschobenen Entscheidungen über Steuer- oder Abgabenerhöhungen sind folglich Anfang 1991 überfällig.

Die Probleme der Integration der neuen Bundesländer und der Umstellung auf marktwirtschaftliche Strukturen sowie die soziale Absicherung sind deshalb auch für die reiche Bundesrepublik eine enorme Belastung. Die Probleme betreffen fast den gesamten Wirtschafts- und Sozialsektor. Der Arbeitsmarkt, die Infrastruktur und die Frage der Überlebensfähigkeit vieler Firmen in Ostdeutschland werfen die Überlebensfrage als Produktionsstandort auf. Die Mehrheitsmeinung unter den wirtschaftlichen Betrachtern geht von einer komplizierten Umstellungsphase von mindestens fünf Jahren aus. Erst dann seien die wirtschaftlichen Strukturen und die Lebensbedingungen in den alten und den neuen Bundesländern annähernd kompatibel, aber noch nicht gleich.

Eine ganze Reihe von wichtigen ordnungspolitischen Grundsatzfragen sind offen. Ob Marktvertrauen allein die notwendige Abhilfe schafft, oder ob etwa über die Arbeit der Treuhänder industriepolitische staatliche Einflußnahme großen Stils erforderlich ist,

darüber wird mit den üblichen ideologischen Differenzen debattiert. Ein Muster für eine erfolgreiche schnelle Umstellung gibt es nicht. Den optimistischen Entwicklungsszenarien der Einheit als Wachstumsmotor für Deutschland und die Welt stehen Befürchtungen über eine lange Durststrecke mit Gefahren für den sozialen Frieden wegen des Wohlstandsgefälles gegenüber. Die Einkommensunterschiede betragen 1989 monatlich 2 300 DM und 1 150 Mark netto, die Durchschnittsrenten 1 094 DM und 447 Mark. Im "Spiegel" (9) wurde am Beispiel des kurzen Dezemberstreiks der Reichsbahn die Frage nach der "englischen Krankheit", also vielen Streiks zur politischen Absicherung unrentabler Arbeitsplätze mit fatalen Folgen für die Überlebensfähigkeit der Betriebe, aufgeworfen.

Da es sich um experimentelles Neuland handelt, sind die Präferenzen für baldigen Erfolg oder längeres Übergangschao noch weitgehend von den diffusen Grundkategorien Optimismus oder Pessimismus beherrscht. Wie häufig ist der Optimismus im Ausland stärker als in Deutschland selbst verbreitet. Die Erwartung schneller Erfolge hat den oben genannten Erwartungs- und Anforderungsdruck und die Furcht vor dem deutschen Wirtschaftsriesen als Euro-Hegemon heraufbeschworen. Vorstellungen einer mittelfristigen Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland als Konsequenz eines Mißerfolgs der Wirtschaftseinheit verbunden mit Rezession und Dauerkrise sind außerhalb Deutschlands praktisch unbekannt.

4. Ein überforderter Euro-Hegemon?

Die deutsche Einheit hat das Wirtschaftspotential der neuen Republik vergrößert, um wieviel ist noch unklar. Der Abstand zu den drei anderen großen EG-Mitgliedsstaaten Frankreich, Italien und Großbritannien hat damit zugenommen. Nimmt man die gängigsten Indikatoren Bevölkerungszahl, Bruttoinlandsprodukt und Exporte, verdeutlicht sich der Zugewinn der bisher schon dominanten Wirtschaft der Alt-Bundesrepublik. Das beeindruckendste Wachstum liegt in der Zunahme der Bevölkerungszahl von 61 Millionen auf 79 Millionen, was 23 % der EG-Bevölkerung entspricht. Die Unterschiede in den Bevölkerungszahlen, die im alten Führungs-Quartett der EG zwischen 61 in der BRD, 57 in Italien und Großbritannien sowie 56 Millionen in Frankreich gering waren, sind nun stark verschoben. Das Staatsgebiet der BRD ist um 30% gewachsen. Deutschland ist damit drittgrößter Flächenstaat der EG (15 % der EG-Fläche, bisher 11%) nach Frankreich (23%) und Spanien (21%). Darin allein liegt freilich ohne die Berücksichtigung der Wirtschaftsleistung noch keine regionale Dominanz begründet.

Nimmt man die beiden Leistungsindikatoren Bruttoinlandsprodukt und Exporte in Milliarden Dollar hinzu, zeigt sich die Wirtschaftsleistung der Nummer Eins in Europa. Im Vergleich der Werte von 1989 lag die Bundesrepublik beim Bruttoinlandsprodukt (BIP, Gesamtheit der aus der Wirtschaftstätigkeit resultierenden Güter und Dienstleistungen) mit 1 193 Mrd. \$ vor Frankreich mit 942 Mrd. \$, Italien mit 854 Mrd. \$ und Großbritannien mit 832 Mrd. \$. Addiert man die DDR nach dem Stand von 1989 hinzu, läge das gesamtdeutsche Bruttoinlandsprodukt bei 1 419, unter der fiktiven Annahme des westdeutschen Leistungsniveaus in Ostdeutschland sogar bei 1 597 Mrd. \$.

Noch deutlicher ist der Abstand bei der Exportleistung. Hier lagen die westdeutschen Exportwerte 1989 mit 341 Mrd. \$ fast doppelt so hoch wie die der Nummer Zwei, Frankreichs, mit 177 Mrd. \$. Die neuen Bundesländer bringen jedoch keine Wirtschaftsleistung etwa in der Größenordnung des alten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen ein, dessen Bevölkerungszahl sie ungefähr entsprechen. Das Bevölkerungswachstum von ca. 20% ist vorerst nicht mit einem entsprechenden Wachstum der Wirtschaftsleistung verbunden. Doch die Nachbarn trauten dem deutschen Goliath die erfolgreiche Aufbauleistung zu und orientierten sich nicht an dem Istpotential der Umstellungskrise,

sondern an dem Kannpotential einer Wiederholung des westdeutschen Wirtschaftswunders im Ostteil.

Westdeutschland war in der EG der Zwölf schon die dominante Wirtschaft, Deutschland wird auch in einer größeren EG der regionale Wirtschaftshegemon bleiben. Das deutsche Wirtschaftspotential spricht dafür, egal, ob mit einer schnelleren oder langsameren Erholung in Ostdeutschland gerechnet wird. Die kritischen Fragen gehen vielmehr in die Richtung der Leistungsfähigkeit des Hegemons und seiner negativen oder positiven Rolle in der Region. Die wirtschaftliche Hegemonialleistung besteht darin, daß neben der schon genannten Funktion als Wachstumsmotor das Stabilitätsziel gefördert wird.

Nach der in den USA debattierten Theorie hegemonialer Stabilität (10) erfüllt ein Hegemon die wirtschaftliche Führungsrolle besser als eine Gruppe. Großbritannien habe im 19. Jahrhundert als wirtschaftlicher Hegemon eine positive Funktion in der Weltwirtschaft ausgeübt. Die Weltwirtschaftskrise zu Beginn der dreißiger Jahre sei geradezu eine Folge der Weigerung der USA, die Führungsrolle auch auszuüben. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei diese nützliche Rolle von den USA gespielt worden. Viele Krisenerscheinungen der derzeitigen Weltwirtschaft seien darauf zurückzuführen, daß die USA die Führungsfähigkeit zumindest teilweise verloren hätten. Regional spielte die Bundesrepublik diese Rolle bisher in der EG, und Deutschland ist allein in der Lage, sie innerhalb Europas auszufüllen. Zu der Stabilisierungs- und Wachstumsleistung hat der Hegemon in einer marktwirtschaftlich orientierten Region auch noch die Liberalisierung zu befördern sowie als Kreditquelle (lender of last resort) zu fungieren. So verstanden ist die Hegemonialrolle keine drückende Vorherrschaft, sondern eine kooperative Führungsrolle, die mit der Zustimmung der anderen ausgeführt wird.

Da Europa praktisch eine DM-Zone darstellt, hat die Politik der Bundesbank nicht unerheblich zur Stabilisierung der europäischen Wirtschaft beigetragen. Ihre Entscheidungen stoßen zwar in den Nachbarländern wegen ihrer hegemonialen Wirkung, der sich die anderen Nationalbanken kaum entziehen können, meist auf Kritik, tatsächlich werden sie dort aber von den Regierungen als Bremse gegen Inflationspolitik auch wieder gerne gesehen. Es gehört mit zu der widersprüchlichen Rolle des Hegemons, daß von ihm einerseits die Stabilisierungsleistung erwartet wird, andererseits er für Einzelmaßnahmen in diesem Sinne aber politische Kritik erfährt, weil er die anderen Akteure unter Anpassungszwang setzt.

Als eine der Reservewährungen der Welt hat die DM in den letzten beiden Dekaden als "Anker gegen die Inflation" an Bedeutung gewonnen. 1989 war sie internationale Reservewährung Nummer Zwei nach dem US-Dollar. Von den internationalen Devisenreserven wurden Ende 1989 60,2% in US-Dollar gehalten, 19,3% in DM und nur 7,9% in Yen. 1975 waren noch 78,2% der Welt-Devisenreserven in US-Dollar gehalten worden, der DM-Anteil lag damals noch bei 8,8%. So nimmt es auch nicht wunder, daß innerhalb des europäischen Währungssystems (EWS) 30% der Anteile an der europäischen Währungseinheit ECU auf die DM entfallen.

Das 1979 auf Anregung von Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing geschaffene europäische Währungssystem, der sogenannte Währungskorb mit einem Wechselkurs-Interventionsmechanismus zur Aufrechterhaltung der Paritäten, hätte ohne die internationale Anerkennung der DM als Reservewährung keine Stabilitätszone gegenüber dem US-Dollar bilden können. Dadurch ist zumindest der innereuropäische Handel weitgehend von den häufigen Kursschwankungen des Dollars abgekoppelt worden. Hier hat die harte DM unzweifelhaft eine Stabilisierungsleistung erbracht.

Auch bei der Liberalisierung war für den regionalen industriellen Handel die Bundesrepublik stets eine treibende Kraft. Für den Agrarmarkt hat sie diese Rolle allerdings nicht gespielt, hätte sie wohl auch kaum spielen können, weil die geschützte Agrarmarktordnung geradezu die deutsch-französische Urvereinbarung für die EG darstellte. Auch die Rolle der regionalen Konjunkturlokomotive hat die Bundesrepublik über die Jahre hin meist erfolgreich spielen können.

Die genannten positiven Hegemonialleistungen können sehr wohl durch die Integration der DDR geschwächt werden. Eine der Vorbedingungen für die Stabilitätspolitik der Bundesbank ist eine begrenzte Haushaltsverschuldung der öffentlichen Hände. Im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaus Ostdeutschlands könnten beide genötigt sein, vom Stabilitätskurs abzugehen. Staatsverschuldung im großen Stil würde die Zinsen auf dem deutschen, dem europäischen Kapitalmarkt sowie auch auf dem Weltmarkt hochtreiben, weil der zweite große Kreditnehmer, die USA, auch weiterhin erheblichen Kapitalimportbedarf hat. Für den Wiederaufbau in Osteuropa und das Management der Verschuldung der Entwicklungsländer wäre eine längere Hochzinslage fatal. Andererseits

wirkte ein von Deutschland ausgehender Inflationsschub negativ auf die schwächeren Nachbarökonomien.

Der Kreditbedarf Osteuropas und besonders der UdSSR wirft die Frage nach der Leistungsfähigkeit Deutschlands ganz ohne Zweifel auf. Hier sind die Spielräume womöglich schon überzogen. Die Schuldenlast der Reformländer lag Ende 1989 schon bei so hohen Werten, daß die Banken immer mehr in Deckung gingen und öffentliche Garantien verlangten. Die Sowjetunion führte mit 42,5 Mrd. \$ bei der Bruttoverschuldung im Westen vor Polen mit 40,4 Mrd. \$, Ungarn mit 19,7, Bulgarien mit 10, die CSFR mit 7,2 und Rumänien mit 2,9 Mrd. \$. Von den Polenkrediten sind 28 Mrd. \$ Regierungskredite. Auf die Bundesrepublik entfallen als größter Gläubiger im "Pariser Club" rund 20 % davon. Rund 50 deutsche Banken führen notleidende Polen-Engagements in Höhe von etwa 3,5 Mrd. \$ vom Gesamtbestand von 8,7 Mrd. \$ aller westlichen Gläubigerbanken (11). Das multilaterale Management der Last ist also für Deutschland von zentraler Bedeutung. Neue Alleingänge etwa im Fall der CSFR, die im Dezember 1990 wegen eines Milliardenkredits vorstellig wurde, wurden deshalb von der Bundesregierung auch schnell auf den multilateralen Weg verwiesen.

Noch deutlicher zeigt das sowjetische Beispiel die führende Rolle deutscher Kredite, die mehr als die Hälfte der westlichen Finanzhilfe ausmachen. Ende 1989 hatten deutsche Banken ca. 13 Mrd. DM UdSSR-Kredite in den Büchern stehen, davon 2,6 Mrd. DM staatlich gesichert. Seitdem ging es, quasi als äußere Kosten der Einheit, um die sowjetische Zustimmung zu erhalten, rapide aufwärts. Das Gesamtrisiko des Bundes im Falle der UdSSR belief sich schon im Juni 1990 auf 19,4 Mrd. DM. Hinzu kommen 13 Mrd. DM Finanzleistungen in direktem Zusammenhang mit der Einheit, davon 7,8 Mrd. für das Wohnungsbauprogramm für heimkehrende Sowjettruppen. Das Kredit-Saldo aus dem Handel der Ex-DDR mit der UdSSR beläuft sich ferner auf 15 bis 18 Mrd. Transferrubel. Je nach noch auszuhandelndem Kurs ist dies ein weiterer Posten, der zwischen 20 und 40 Mrd. DM zu Buche schlägt (12). Bei der Ostverschuldung könnten sich der Bund und vor allem deutsche Banken sehr wohl übernehmen und wie die US-Banken mit ihrem Lateinamerika-Engagement ins Trudeln geraten.

Auch hier gibt es ein optimistisches und ein pessimistisches Szenario. Ersteres geht von einer nur kurzfristigen Belastung aus, weil Modernisierungsinvestitionen und Wachstum die Verschuldung unproblematisch machten, letzteres von einer mittel- und

längerfristigen Überforderung Deutschlands als Euro-Hegemon. Für diesen Fall wäre die deutsche Hegemonialschwäche für die Nachbarökonomien überaus belastend. Die positive, also die stabilisierende, liberalisierende, Wachstum induzierende und kapitalversorgende Hegemonialleistung würde nicht mehr oder nur noch unzureichend erbracht, die negative Kehrseite der Hegemonie, das Quasi-Diktat der regionalen Wirtschaftspolitik wegen zu geringer eigener Handlungsspielräume der kleineren Länder, träte umso deutlicher zutage. Enttäuscht von der unzureichenden deutschen Wirtschaftsleistung und dennoch im Schatten seiner dominanten Ökonomie würde die Kritik aus dem Umfeld einen Boom erfahren, ohne daß die Kritiker ihrerseits sich imstande sähen, eine Alternative zur deutschen Führungsrolle zu bieten.

Aus der Sicht Osteuropas könnte sehr bald das Bild vom kommunistischen Hegemon Sowjetunion verblassen und Deutschland als Markthegegon in den Vordergrund treten. Die Abhängigkeit dieser Länder von Deutschland könnte in der Tat groß werden. Ihr wiedergeborener Nationalismus dürfte die deutsche Wirtschaftsmacht kritisieren, egal ob eine "stille wirtschaftliche Penetration" (13) stattfindet oder, noch schlimmer, wenn sie unterbleibt und deutsches Kapital Osteuropa vernachlässigt.

5. Nummer Eins in Europa, geschwächte Nummer Drei in der Welt

Die deutsche Rolle als Euro-Hegemon basiert auf der regionalen und weltwirtschaftlichen Stellung. Die Dreierführungsgruppe aus den USA, Japan und Deutschland wird durch deren herausragende Position im Währungssystem und beim Welthandel offensichtlich. Zwar gibt es im Weltwährungssystem keine institutionalisierte Dreiergruppe (G 3), die Absprachen zwischen diesen drei Notenbanken aber besitzen schon längere Zeit allein Steuerungsfähigkeit gegenüber den Devisenmärkten. Die Zugehörigkeit zu diesem Triumvirat basiert nicht einfach auf Größe, sondern auf deren Verbindung mit Leistungsfähigkeit. Nach den meisten gängigen Indikatoren ist Deutschland in dieser Gruppe eindeutig die Nummer Drei.

Die DM steht im Rang als Reservewährung zwar vor dem Yen, diese Position ist allerdings von ihrer regionalen Leitwährungsfunktion abhängig. Die Euro-Optimisten sehen in der Osterweiterung Deutschlands und des europäischen Wirtschaftsraums ganz einfach eine Stärkung. Die Osteuphoriker verkennen, daß dieser Anschlußtrend mehr Quantität als Qualität einbringt. Das GegenzENARIO einer Schwächung Deutschlands und Europas durch den exsozialistischen Wirtschaftsraum ist deshalb mehr als eine europessimistische Miesmacherperspektive.

Nimmt man die durchschnittlichen realen Wirtschaftswachstumsraten der konkurrierenden Regionen im Dreieck USA, EG und Japan, dann wird deutlich, daß sowohl in den 70er als auch in den 80er Jahren Japan die höchsten Wachstumsraten aufwies. Sie lagen zwischen 1971 und 1980 bei 4,8 %, in der ersten Hälfte der 80er Jahre bei 4,0 %, zwischen 1986 und 1988 bei 4,3 % und 1989 bei 4,9 %. Die Vergleichswerte der EG lagen bei 3,1; 1,5; 3,1 und 3,5 %, innerhalb der EG-12 wuchs die westdeutsche Wirtschaft seit 1988 überdurchschnittlich (vgl. S. 10 d. A.). Die amerikanischen Wachstumswerte lagen mit 2,8; 3,2; 3,5 und 2,5 % unter den europäischen. Allgemein werden Europa wegen des EG-Binnenmarktprogramms und der asiatische Raum wegen seiner außerordentlichen Dynamik als die zukünftigen Wachstumszentren der Welt gesehen.

Vergleicht man die Bruttoinlandsprodukte (BIP in Mrd. ECU, Stand 1985) ergibt sich folgende Rangfolge: USA 5 172, EG-12 3 314 und Japan 1 754 Mrd. ECU. Auf die Bundesrepublik entfielen mit 826,4 Mrd. ECU rund 25 % des BIP in der EG-12 (14).

Der deutsche Anteil unterstreicht, daß Deutschland ohne seine europäische Basis allein in diesem Trio nicht mithalten könnte. Die Nummer Eins in Europa kann nur dann eine stabile Nummer Drei in der Welt bleiben, wenn sie keine Alleingänge in der Region unternimmt. Ihre Führungsrolle braucht die europäische Basis. Dies unterscheidet Deutschlands Position grundsätzlich von den sehr viel autonomeren Akteuren Japan und USA.

Beim Weltexport war die Bundesrepublik 1989 die Nummer Zwei, zwischen 1986 und 1988 sogar "Export-Weltmeister". 1989 betrug das Exportvolumen der USA 364 Mrd.\$, das der Bundesrepublik 341, Japans 275 und Frankreichs 177 Mrd.\$. Nimmt man die Handelsbilanzen hinzu, schwächt sich das Exportleistungsbild der USA ab, das Japans und Deutschlands erhält mehr Glanz. Die USA mußten in den 80er Jahren durchgängig Handelsbilanzdefizite verbuchen, 1987 ein Rekorddefizit von 152 Mrd.\$, das sich allerdings 1989 auf 109 Mrd.\$ vermindert hatte. 1989 entfielen allein 49 Mrd.\$ des US-Defizits auf Japan. Das Defizit mit der Bundesrepublik betrug 8,0 Mrd.\$ und lag damit unter dem Defizit mit Taiwan (13,0) und Kanada mit 9,9 Mrd.\$. Trotz des großen Handelsvolumens zeigen also die USA Exportschwächen im Vergleich mit den beiden schon traditionellen Überschußländern Deutschland und Japan. 1989 erreichte der westdeutsche Ausfuhrüberschuß 134 Mrd.\$ (15).

Betrachtet man die größten Handelspartner der Bundesrepublik, wird der Eurozentrismus des westdeutschen Außenhandels deutlich. Die größten Handelspartner sowohl bei der Ausfuhr als auch bei der Einfuhr waren 1988 Frankreich, Großbritannien, Italien und die Niederlande. Erst auf Platz fünf bei der Ausfuhr kamen die USA; Japan sogar erst hinter Schweden auf Platz 11. Auf der Einfuhrseite stehen die USA auf Platz sechs und Japan auf Platz sieben. Der deutsche Außenhandel ist mehr als zur Hälfte Europahandel, und hier wird auch der größte Teil des Überschusses erwirtschaftet.

Die Stärke Deutschlands in der Dreiergruppe als Handelsstaat findet keine Entsprechung bei den Direktinvestitionen. Dies verdeutlicht die Situation auf dem wichtigen amerikanischen Markt. Dort betragen die deutschen Investitionen im Jahr 1989 nur knapp mehr als ein Drittel der japanischen (28 zu 70 Mrd.\$). Generell sind die japanischen Direktinvestitionen im Ausland seit Mitte der 80er Jahre geradezu explosionsartig gewachsen, von 12,2 Mrd.\$ im Jahre 1986 auf 67,5 Mrd.\$ 1989. 1989 investierte Japan 4 1/2 mal so viel direkt im Ausland wie die Bundesrepublik Deutschland im Jahr zuvor,

nämlich 68 Mrd.\$ gegenüber 15 Mrd.\$. Im gleichen Jahr investierte Japan 1,7 mal so viel wie die USA, die 40 Mrd.\$ an Direktinvestition im Ausland aufwiesen (16).

Hier werden deutsche Schwächen erkennbar, die sich längerfristig auch im Weltmarkterfolg niederschlagen werden. Japans Direktinvestitionsaufwand ist nicht nur in seinen Größenordnungen, sondern noch viel mehr in seiner strategischen Orientierung eine Grundlage für zukünftige Marktpositionen. Allein Japan ist auf allen drei Märkten und als Exporteur und Direktinvestor stark, also eine wirkliche Triadenmacht. Die USA sind außer auf dem heimischen Markt auch in Europa stark, nehmen folglich die Position einer Duadenmacht wie die EG auch ein. Deutschland hingegen ist nur eine wirtschaftliche Regional- oder Monadenmacht.

Betrachtet man die wichtigsten transnationalen Akteure, die Unternehmen und Banken selbst, wird die Nachrangigkeit Deutschlands in der Triade weiter deutlich. Deutsche Banken sind nur in Kontinentaleuropa groß, in den USA und Japan rangieren sie unter ferner liefen. Unter den 15 größten Banken der Welt findet sich keine einzige deutsche, und die zehn größten sind allesamt japanisch (Stand 1988).

Auch die deutschen Konzerne sind in der Regel nur in der europäischen Region stark. Die einzige strategische Ausnahme bildet die Chemie- und Pharmaindustrie. Das Trio der deutschen Großchemie (Höchst, Bayer, BASF) ist in den USA stärker als die japanische Konkurrenz. Die deutsche Automobilindustrie hat in den USA mit der Schließung der VW-Produktionsstätte in Westmoreland im Jahr 1988 ihre Niederlage gegenüber der japanischen Konkurrenz eingestanden. Bei der Kommunikationstechnik besitzt allein Siemens noch Weltgeltung. Das Flaggschiff des deutschen Exports, die Werkzeugmaschinenindustrie, ist nur im Hinblick auf die Produktions- und Exportzahlen den japanischen Unternehmen ebenbürtig. Praktisch beherrschen die Japaner die Märkte für preiswerte Standardmaschinen, die Deutschen dominieren bei teuren Hochleistungsmaschinen. Doch auch hier ist die deutsche Werkzeugmaschinenindustrie europazentriert, die japanische global. 70 % der deutschen Umsätze werden in Westeuropa getätigt, in Nordamerika unterhalten die deutschen Unternehmen nur wenige Produktionsstützpunkte, in Japan fast keine (17).

Hier kommen wir zum Kern des Problems. Die gegenwärtigen deutschen Exporterfolge verschleiern die Schwächen für den Wettbewerb der Zukunft. Bei den sogenannten

Hochtechnologie- oder Zukunftsindustrien sind die Schwächen der Deutschen und damit auch der europäischen Wirtschaft unübersehbar. Bei der Biotechnik, der Werkstofftechnik, den neuen Energietechniken und besonders bei Telekommunikation und Computern ist Deutschland abgeschlagen. Bei Schlüsselmärkten wie etwa Personalcomputern oder Mikrochips spielen deutsche und europäische Hersteller nicht nur kaum eine Rolle auf dem Weltmarkt, sondern sind auch auf dem heimischen Markt schwach.

Bei den Halbleitern, die als intelligenter Rohstoff der Zukunft gelten können, haben die europäischen Unternehmen nur einen Marktanteil von einem Drittel, der zudem noch rückläufig ist. Die europäischen Hersteller melden einerseits Verluste und sind gleichzeitig durch den notwendigen Milliardenaufwand für Entwicklung und Produktion der neuen Chipgenerationen in Bedrängnis geraten. Der holländische Philips-Konzern, nach Siemens der größte europäische Elektronik-Konzern, befindet sich in einer dramatischen Krise. Wahrscheinlich kann allein Siemens mittel- und längerfristig durch eine Kooperation mit IBM als Halbleiterhersteller der japanischen Konkurrenz trotzen.

Die Frage, ob Europa und damit auch Deutschland nicht zur technologischen Kolonie der USA und Japans werden könnten, ist derzeit wegen der Binnenmarkteuphorie und der Ostphantasie, der Erweiterung des marktwirtschaftlichen Raumes in Europa nicht en vogue. Diese selbstbewußte Stimmung hat die Eurosklerosedebatte aus der ersten Hälfte der 80er Jahre abgelöst. In der Tat sind durch beide Prozesse für Europa und Deutschland enorme Chancen entstanden. Die Früchte reifen allerdings keinesfalls automatisch. Ohne einen weiteren Integrationsschub in Westeuropa und Modernisierungserfolge in Osteuropa als Grundlage für den Anschluß an die EG gerät die Region wohl ins Hintertreffen. Japan hat im Unterschied zu Deutschland keine zurückgebliebenen neuen Teile zu integrieren, wo Bevölkerung und Arbeitskräfte sich zwar durchaus durch ein hohes Qualifikationsniveau, aber auch durch ein hohes Anspruchspotential auszeichnen, das durch die Produktivität nicht abgedeckt ist.

Der hochentwickelte westdeutsche Wohlfahrtsstaat kann ohne Zweifel zur sozialen Befriedung im Osten beitragen, kann aber auch die Wirtschaft überfordern und sie flügel-lahm machen. Wenn die Lohnniveaudifferenzen in West- und Ostdeutschland aus politischen Gründen nicht gehalten werden können, obwohl die Produktivitätsunterschiede erheblich bleiben, dann könnte der Euro-Hegemon in seiner globalen Wettbewerbsfähigkeit weiter geschwächt werden. Viele Firmen könnten durch die "leichten Märkte" im

Osten für längere Zeit ihre Modernisierungsanstrengungen reduzieren und dabei der globalen japanisch-amerikanischen Herausforderung ausweichen. In diesem Wettlauf wäre der Osten eine erhebliche Bürde, solange er zur sozialen Abfederung für längere Zeit Subventionen größeren Stils erforderlich macht, die einen schnellen Strukturwandel verzögern.

Das in Europas Mitte liegende Deutschland steht intern vor dieser doppelten Herausforderung, die Integration des Ostteils zu leisten und dennoch weltweit gegenüber den USA und Japan nicht erheblich an Boden zu verlieren. Ob die durch den Sozialismus deformierten Werthaltungen vor allem bei der Arbeitsethik auf westliches Niveau steigen oder vielleicht sogar dieses Niveau negativ beeinflussen, wird dabei keine unerhebliche Rolle spielen. Parallel dazu wird es für die gesamtdeutsche Unternehmenskultur wichtig sein, ob in Ostdeutschland genügend neue Schumpetersche Unternehmer auftauchen, oder ob "kapitalistische Raubritter" die desolate Hinterlassenschaft des Sozialismus ausplündern, ohne innovative, lebensfähige Unternehmen an deren Stelle zu setzen.

Die internationale Wettbewerbsstärke Deutschlands kann durch die neuen Bundesländer sehr wohl beeinträchtigt werden. Schon die Alt-Republik lag nach einer Rangliste des Lausanner Instituts IMD, die auf immerhin 326 verschiedenen Beurteilungskriterien basierte, auf Platz vier hinter Japan, den USA und der Schweiz (18). Die Bewertungsprobleme bei solchen Wettbewerbsfähigkeitsranglisten unbenommen, dürfte unbestritten sein, daß der deutschen Gesellschaft und der Wirtschaft hier eine Bewährungsprobe bevorsteht.

Als Resümee bleibt festzuhalten, daß Deutschland zweifellos kurzfristig strukturell wirtschaftlich schwächer ist, als es Westdeutschland war, und daß die Herausforderungen und Chancen, die die Osterweiterung bieten, Europa sowohl einen großen Wachstums- und Modernisierungsboom wie auch eine "Ostsklerose" bescheren können. Eine Voraussetzung für ein gesamteuropäisches Erfolgsmodell stellt der Erfolg in Ostdeutschland dar. Der Euro-Hegemon muß mittelfristig Wachstumsimpulse nach Ost- und Westeuropa aussenden können, sonst kommt es zu der vielfach befürchteten fortdauernden wirtschaftlichen Teilung Europas, nachdem die politisch-ideologische gerade erst überwunden ist. Die Gefahr für Europa liegt nicht im deutschen Erfolg, sondern im deutschen Mißerfolg. Nach der Lösung des Ost-West-Konflikts entscheidet der Gang der Wirtschaft in der nächsten Dekade über die Aufbauchancen einer europäischen Friedens-

ordnung, die auf einer gesamteuropäischen Wohlstandszone gründen muß, soll sie dauerhaft sein.

6. Chance und Versuchung: Logik des Handelsstaats und Großmachtambitionen

Mit dem Zerfall des Realsozialismus ist Europa unter vierfachen Erfolgszwang geraten. Erstens muß es die maroden Ökonomien und Gesellschaften Osteuropas modernisieren und integrieren helfen, zweitens muß es einen weiteren Integrationsschub innerhalb der EG vollbringen, drittens darf es beim internationalen Wettbewerb nicht den Anschluß verlieren und viertens hat es den größer gewordenen europäischen Wirtschaftshegemon Deutschland einzubinden. In allen vier Fällen braucht Europa Deutschland und Deutschland dringend Europa. Alleingänge und Sonderwege wären für die Region gleichbedeutend mit Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Der Schlüssel zum vierfachen Erfolg liegt in einem neuen Wirtschaftswunder in Ostdeutschland (19). Ob und wie schnell es zustande kommt, wird sich zeigen.

Mißlingt es, hätte dies eine Signalwirkung für die Erfolgchancen in Osteuropa. Europa wäre mittel- und längerfristig zweigeteilt in eine westliche Wohlstands- und eine östliche Elendsregion. Dies liefe auf einen neuen Ost-West-Konflikt unter wirtschaftlichen Vorzeichen, also mit "Nord-Süd"-Charakter, hinaus. Westeuropa würde sich dann höchstwahrscheinlich vom Armutsgürtel in seiner östlichen Peripherie abzuschotten versuchen und insbesondere Migrationshürden errichten. Voraussichtlich entstünde dann ein neuer hoher Sicherheitsbedarf. Nationalitäten- und Verteilungskonflikte in Osteuropa würden sich auch auf den Westteil des Kontinents auswirken. Eine Friedensregion wäre dies keinesfalls. Diesem neuen Teilungsszenario steht ein politisches und wirtschaftliches Erfolgsszenario gegenüber.

Ein neues deutsches Wirtschaftswunder mit Ausstrahlung auf die osteuropäischen Länder und ein Integrationsschub in Europa gingen Hand in Hand. Deutschland als dominante Wirtschaft wäre in diesem Szenario kein wirkliches Problem. Seine Größe wäre durchaus europaverträglich, die Asymmetrie wäre gering, weil Deutschland die Partner braucht und ihnen weder seinen politischen noch seinen wirtschaftlichen Willen aufzuzwingen vermöchte. In der Tradition und nach der Logik des Handelsstaats hätte es daran auch überhaupt kein Interesse. Ob die deutsche Position so eingebettet überhaupt noch als Hegemonialstellung anzusehen wäre oder nicht vielmehr richtiger als posthegemoniale (20) Führungsrolle in einem kooperativen, nahezu integrierten europäischen Verbund, bleibt als Frage für die akademische Debatte bestehen.

Die wirtschaftliche Macht der Nummer Eins schlug jedenfalls nicht in politische Großmachtambitionen um (21). Im Gegenteil, der Handels- und Wohlfahrtsstaat strahlte positiv beispielhaft auf sein Umfeld aus, indem sein Erfolgsweg Nationalitätenkonflikte im Osten und Weltmachtambitionen im Westen, etwa in Frankreich und Großbritannien, dämpfte. Dort vermöchte die Einsicht in den deutschen und japanischen Weg, eine Zivilmacht sein und bleiben zu wollen, Nachahmungseffekte auslösen. Die Chance des Handelsstaats würde ergriffen, ohne der Versuchung nach der Großmachtambition zu erliegen. Reichtum würde nicht im Interesse von politischer und militärischer Macht eingesetzt und verschwendet.

Die Logik des Handelsstaats und das Interesse des Wohlfahrtsstaats sprechen für diese Option. Das deutsch-japanische Erfolgsmodell basiert auf der geringen Militärlastigkeit der Wirtschaft und ihrer von politischen Ambitionen unbelasteten Dynamik. Was spricht dafür, daß diese Selbstbescheidung aus aufgeklärtem Selbstinteresse im vereinigten Deutschland hält. Wäre die Basis dafür allein friedensidealistisch, könnten mit Recht erhebliche Zweifel auftauchen. Doch die Logik des Handelsstaats in Deutschland hat eine breitere Basis als nur Friedensideale. Den harten Kern dürften die wirtschaftlichen Interessen bilden. Es gibt keine starke deutsche Kapitalfraktion mehr, die wie vor dem ersten Weltkrieg und während der Weimarer Republik auf nationale Alleingänge setzt. Für erfolgreichen Wettbewerb in der Triade USA, Japan, Europa ist Deutschland als Basis zu klein. Das weiß niemand besser als das Management. Politische Gruppen, die für ihren deutschen Großmachtergeiz Finanziers suchten, hätten zweifellos große Schwierigkeiten beim "Fund Raising".

Kurzum, die Gefahr einer deutschen Großmachtpolitik in Europa ist wenig real. Sie existiert hauptsächlich in den Phantasien von deutschen Linken und von westeuropäischen Altnationalisten in den politischen Klassen Englands und Frankreichs. Der polnische Schriftsteller Andrzej Szypiorski bezeichnete die Gegner der Einheit in Deutschland sogar als die eigentlichen Nationalisten, weil ihre Angst vor Deutschland eine neue Ausprägung der Idee von deutscher Besonderheit und Kraft sei (22). Soweit muß man nicht gehen, aber die Angst der deutschen Linken vor einem "normalen" Deutschland besitzt durchaus Interessenbezüge. Die Entdämonisierung schwächt lieb gewordene linke Positionen. Historische Analogien mögen lehrreich sein, Ängste sind verständlich, beide gehen in diesem Fall höchstwahrscheinlich fehl.

Wichtig ist, welchen Weg ein stärker integriertes Europa wirtschaftlich und machtpolitisch in der Welt geht. Hier wird deutscher Einfluß stärker als bisher bei der Kursbestimmung. Die alte Arbeitsteilung: Eingehegte Zivil- und Wirtschaftsmacht Deutschland als Wachstumsmotor und England und Frankreich als Weltmächte - sei es in Afrika, im Golf oder auf den Falkland- Inseln - dürfte über kurz oder lang zerfallen. Dem größeren Europa mit Deutschland in der Mitte wird mehr als nur wirtschaftliche Macht zuwachsen. Die Versuchung für Deutschland bestünde nicht in regionalen Alleingängen oder gar Vorherrschaftsstreben, sondern darin, womöglich das antiquierte englisch-französiche Beispiel eines Weltmachtinterventionismus mittragen zu wollen, anstatt ihm gegenzusteuern. Die politischen Klassen der alten Westmächte werden auf Nicht-Intervention gerichteten deutschen Einfluß sicher nicht begrüßen und ihn womöglich sogar, wie z. B. der Ex-Handelsminister und Vertraute von Margret Thatcher, Nicholas Ridley, als pazifistischen Hegemonieversuch deuten. Die Verlockung für deutsche Konservative, weltweit lieber mitmachen zu wollen, dürfte real sein. Doch eine nicht- oder nur vorsichtig interventionistische Handelsstaatstradition wäre Großeuropa sicher zuträglicher als Kanonenbootpolitik in Krisenregionen der Dritten Welt. Da außerhalb der OECD-Welt Kriege wohl eher zu- als abnehmen werden, ist ein Europa, das weder mit den USA noch allein Weltpolizist zu spielen gedenkt, ein Erfordernis der Zukunft.

Eine erfolgreiche europäische Zivilmacht, die weltpolitisch ähnlich zurückhaltend wie Japan agierte und für andere ein Prosperitätsmodell aufzeigte, könnte ein positives Gegenmodell zu der überreizten absteigenden Supermacht USA bilden, die sich allzu leicht in militärische Abenteuer in anderen Weltregionen verstricken läßt, obwohl ihr die Macht fehlt, dort wirklich Ordnung zu garantieren. Wenn Deutschland in Europa in diese Richtung wirken würde und die Tradition der alten Bundesrepublik stabilisiert und fortentwickelt würde, dann hätte es nicht nur aus der eigenen Geschichte gelernt, sondern auch dem Frieden in Europa und in der Welt große Dienste erwiesen. Hoffen wir, daß es so kommt.

Die Haltung Deutschlands im Golfkrieg spricht bislang nicht gegen die Logik des Handelsstaats. Finanzhilfe und symbolische Solidarität für diesen amerikanischen Weltpolizisteneinsatz mußten der deutschen Regierung durch politischen Druck von außen und eine internationale Medienkampagne regelrecht aufgenötigt werden. Wie Japan auch, das für 1991 vorerst 9 Mrd. US \$ bereitgestellt hat, zahlt der deutsche Handelstaat 8,25

Mrd. DM für das erste Quartal 1991 an die USA. Hinzukommen Leistungen an die Frontstaaten, Israel und Großbritannien. Die Gesamtzusagen beliefen sich Anfang Februar 1991 auf 15,6 Mrd. DM.

Die deutsche Bereitschaft zur Lastenteilung, die wegen der Kosten der Einheit nur widerwillig erfolgte, war unausweichlich, denn die deutsche Handlungsfreiheit war aus zwei Gründen stark eingeschränkt. Solange noch bis 1994 sowjetische Truppen in Ostdeutschland stehen, wirkt der alte amerikanische Sicherheitshebel aus dem Ost-West-Konflikt fort. Allianzsolidarität ist solange auch bei Aktionen, die keinen deutschen Beifall finden, unumgänglich. Erst danach kann Deutschland seine Interessen in der NATO freier evaluieren und vertreten.

Zweitens bot der Handelsstaat mit seiner generell laxen Exportkontrollpraxis, also auch gegenüber dem Irak eine offene Flanke für Kritik. Deutsche Firmen mußten, als der Irak Raketen auf Israel schoß und mit Giftgas drohte, zwangsläufig als Todeskrämer erscheinen. Der Mangel an Exportethik trat wieder einmal überdeutlich zu tage. Auch wenn die Lieferpraxis anderer westlicher Staaten keinesfalls besser gewesen war, erfolgte hier unausweichlich eine politische Singularisierung Deutschlands, die die USA und Israel als Druckmittel nutzten. Zwar ist der deutsche Export alles andere als militärlastig, weniger als 1 % des Gesamtexports sind Rüstungsgüter, doch das zivile Exportprofil wurde durch spektakuläre Kontrollschwächen, immer wieder in seiner politischen Glaubwürdigkeit erschüttert (23). Wenn die deutsche Lernlektion daraus eine zukünftig rigidere Kontrolle bei sensitiven Dual Use-Exporten wäre, könnte der zivile Handelsstaat weiter an Profil und Einfluß in Europa gewinnen.

Der Test durch den Golfkrieg kam für Deutschland zu früh und offenbarte die Probleme bei der Rollendefinition. Daß die gleichen politischen Eliten in England und Frankreich, die noch vor wenigen Monaten vor möglichen deutschen Militärmachtsambitionen warnen, nun "Germans to the front"-Forderungen stellten, verdeutlichte das komplizierte Anforderungsprofil an Deutschland. Uns ist allzu schnell weltpolitische Verantwortung zugewachsen, die wir am besten als nicht-interventionistischer ziviler Handelsstaat nutzen können, der friedenspolitische Alternativen aufzeigen kann, weil er sich dem Geschäft mit der Aufrüstung von Schwellenländern verweigert. Es sollte also konsequent keine Hilfestellung mehr dabei geleistet werden, solche Länder in stand zu setzen, kriegerische regionale Hegemoniepolitik zu treiben. Es kann nicht darum gehen, die

besondere deutsche Friedensunschuld zu demonstrieren, sondern weitsichtig zivile Verantwortung wahrzunehmen. Die Chancen dafür sind durch den Golfkrieg nicht verschüttet, sondern nur kurzfristig überlagert. Kriegszeiten bieten keine Konjunktur für die Vernunft der Aufklärung, doch die hat nach dem Prinzip Hoffnung den längeren Atem.

Anmerkungen

1. Die Zeit, 5.10.1990, S. 49; Ulrich Wickert (Hg.), Angst vor Deutschland, Hamburg 1990.
2. Der Spiegel 15, 9.04.1990, S. 20
3. Peter Tarnoff, America's New Special Relationship, in: Foreign Affairs, Vol. 69, 1990, No. 3, S. 7f.; Walter Russel Mead, The Once and Future Reich. Coming to Terms with the New Germany, in: World Policy Journal, Vol. VII, Herbst 1990, No. 4, S. 593-638; Angela Stent, The One Germany, in: Foreign Policy, No. 81, Winter 1990/91, S. 53-70.
4. Richard Rosecrance, Der neue Handelsstaat: Herausforderung für Politik und Wirtschaft, Frankfurt/M. 1987
5. Michael Kreile, West-Germany in the international political economy: Model, villain or scapegoat?, in: Quaderni Papers 13, März 1989; Zur Dominanz- und Modell-Deutschland-Debatte in den 70er Jahren vgl. Christian Deubner/Udo Rehfeldt/Frieder Schlupp, Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung: Interdependenz, Divergenz oder strukturelle Dominanz?, in: Robert Picht (Hg.), Deutschland, Frankreich, Europa. Bilanz einer schwierigen Partnerschaft, München 1978, S. 91-136 u. Frieder Schlupp, Internationalisierung und Krise - Das "Modell Deutschland" im metropolitanen Kapitalismus, in: Leviathan Jg. 7, 1979, No. 1, S. 12-35.
6. Frankfurter Rundschau, 24.11.1990, S. 8
7. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 1-3, 1991, S. 11.
8. Herbstgutachten 1990 der Wirtschaftsforschungsinstitute, Handelsblatt, 7.11.1990, S. 1 u. 5.12.1990, S. 8.
9. Der Spiegel 49, 3.12.1990, S. 122.

10. Robert O. Keohane, *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton University Press, Princeton 1984, S. 32ff.; Robert Gilpin, *The Political Economy of International Relations*, Princeton University Press, Princeton 1987, S. 72ff.
11. Handelsblatt, 25.06.1990, S. 12
12. Handelsblatt, 26.11.1990, S. 14
13. Albert O. Hirschman, *National Power and the Structure of Foreign Trade*, University of California Press, Berkeley 1969, S. 58 f.
14. Eurostat, *Europa in Zahlen*, Luxemburg 1988, S. 15
15. *Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1990*, S. 256.
16. Konrad Seitz, *Die japanisch-amerikanische Herausforderung. Deutschlands Hochtechnologie-Industrien kämpfen ums Überleben*, München 1990, S. 262f.
17. Seitz, 1990, S. 311.
18. Handelsblatt, 20.06.1990, S. 22
19. W. R. Smyser, *United Germany: A New Economic Miracle?*, in: *The Washington Quarterly*, Herbst 1990, S. 159-176.
20. Keohane, 1984 (Anm. 10)
21. Hans Willgerodt, *Die deutsche Wirtschaftsintegration in einer europäischen Perspektive*, in: *Außenpolitik* Jg. 41, 1990, No. 4, S. 326-336; Berndt von Staden, *Das vereinigte Deutschland in Europa*, in: *Europa-Archiv* 23, 1990, S. 685-690.
22. *Frankfurter Rundschau*, 8.12.1990, S. 9.

23. Reinhard Rode, Handelsstaat oder Republik für Todeskrämer?, Friedensforschung Aktuell, 22, 1989; Joachim Badelt/ Arend Wellmann, Wie deutsche Firmen den Irak aufrüsteten, Frankfurter Rundschau, 23.1.1991, S. 8; Der Spiegel 4, 21.1.1991, S. 31 f. u. 5, 28.1.1991, S. 24-27.

OTHER
123456789
123456789